

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2010/13

5. Sitzung vom Montag, 13. September 2010, 18.00 – 20.30 Uhr im Stadt- saal

Vorsitz

Patricia Kettner, Ratspräsidentin

Protokollführer

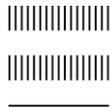
Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

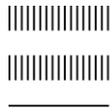
- 40 Mitglieder des Einwohnerrates (ab 19.55 Uhr 39 Mitglieder)
- 7 Mitglieder des Stadtrates
- Catrin Friedli, Stadtschreiber-Stv.
- Thomas Gloor, Leiter Informatik und Kommunikation
- René Küng, Leiter Finanzen und Controlling
- Werner Ryter, Leiter Tiefbau und Planung
- Cornelia Zürcher, Leiterin Bereich Soziales

Entschuldigungen

- Stefan Giezendanner, Einwohnerrat (ab 19.55 Uhr)



Traktandenliste	Seite
1. Inpflichtnahme	
Inpflichtnahme von Benjamin Gut (SP)	88
2. Mitteilungen	88
3. Einbürgerungen	
2 Einbürgerungen (GK 47 und GK 48)	89
4. Kreditbewilligungen	
GK 49 Pflanzlandverlegung Brühl – Kreditbewilligung für die Verlegung in das Gebiet Spitalbrühl/ Aesch	90
GK 50 Informatik der Stadtverwaltung – Kreditbewilligung für den teilweisen Ersatz der Server- Anlage	87
5. Sozial- und Arbeitsintegration	
GK 51 Überführung des Projekts Chance Z! in einen Regelbetrieb als Fachstelle Chance Z!	94
6. Parlamentarische Vorstösse	
GK 36 Motion der Fraktion Dynamische Mitte vom 15. März 2010 betr. Zentrumsparking konkret (Begründung und Beantwortung)	100
GK 37 Motion der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte aus dem Ortsteil Mühlethal, Erst- unterzeichner Thomas Valko (FDP), und Mitunterzeichnende vom 15. März 2010 betr. Gesamtplanung Mobilfunkantennen auf dem Gemeindegebiet von Zofingen (Begründung und Beantwortung)	102
GK 45 Interpellation der SVP-Fraktion vom 14. Juni 2010 betr. Konzept Kosten „Milchzentrale“ (Begründung und Beantwortung)	104
GK 46 Interpellation von Marco Arni (DYM/glp) und Mitunterzeichnende vom 21. Juni 2010 betr. Umgang mit ungültigen brieflichen Stimmen (Begründung und Beantwortung)	105
7. Umfrage	106



Begrüssung

Fr. **Patricia Kettner**, Ratspräsidentin, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, des Stadtrates, den Ratssekretär, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, insbesondere die beiden jungen Herren Jona Weyermann und Christian Klauenbösch, welche den ersten Zofinger Online TV Sender „Zofinger Fernsehen 1“ ins Leben gerufen haben, zur fünften Sitzung dieser Legislatur.

Für die heutige Sitzung sind keine Entschuldigungen eingegangen. Der Rat ist mit 40 Mitgliedern verhandlungsfähig. Stefan Giezendanner (SVP) muss sich jedoch kurz vor 20.00 Uhr verabschieden.

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Die **Vorsitzende** stellt diese an dieser Stelle zur Diskussion. Nachdem seitens des Rats keine Einwände gegen die Traktandenliste gemacht werden, gibt sie dazu das Wort an den Stadttammann.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadttammann, teilt mit, dass der Stadtrat eine Änderung der Traktandenliste vorschlägt: Er möchte das Geschäft GK 50 Informatik der Stadtverwaltung zurückziehen. Offensichtlich stiess die dem Einwohnerrat unterbreitete Vorlage nicht auf Gegenliebe. Aufgrund der Rückmeldungen aus den Fraktionen ist davon auszugehen, dass die Vorlage nicht durchkommt. Vor allem wurde von verschiedensten Seiten kritisiert, man komme nicht draus und die Vorlage weise, insbesondere vom Aufbau her, Mängel auf. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Botschaft, welche er übermitteln wollte, nicht angekommen ist und es ihm nicht gelungen ist, die Notwendigkeit des teilweisen Ersatzes der Server-Anlage so darzulegen, dass der Einwohnerrat sich mit gutem Gewissen zu einem „Ja“ durchringen konnte. Es ist immer die Schuld des Absenders, wenn eine Botschaft nicht ankommt und der Stadtrat nimmt dies entsprechend auf seine Kappe.

Ein zusätzlich erschwerender Umstand war, dass während des Erarbeitens dieser Einwohnerratsvorlage die Spielregeln geändert wurden. Diese war im Investitionsvoranschlag, welcher durch den Einwohnerrat abgesegnet wurde, eigentlich enthalten. Im Zusammenhang mit der Beratung des Voranschlags 2010 wurde jedoch festgelegt, dass der Stadtrat alle Investitionen, welche einen Kostenrahmen von mindestens CHF 250'000.- umfassen, dem Einwohnerrat in Form einer Vorlage nochmals speziell vorlegt. Bei dieser Einwohnerratsvorlage handelt es sich um eine solche Vorlage. Der Stadtrat wollte diese aber unterbreiten. Vielleicht war es von Seiten des Stadtrates nicht ganz so geschickt, mitten im Prozess einzugreifen.

Die Einwohnerratsvorlage wird überarbeitet und man wird versuchen, die bemängelten Defizite zu beheben und diese so bald als möglich wieder dem Einwohnerrat zu unterbreiten.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass im Geschäftsreglement des Einwohnerrates keine Vorschrift über das Absetzen von Geschäften enthalten ist. Sie ist mit dem Absetzen dieses Geschäfts einverstanden und ist deshalb der Meinung, dass nicht weiter darüber diskutiert werden muss.

Nachdem zur Traktandenliste das Wort nicht weiter gewünscht wird, können die verbleibenden Geschäfte in der vorgesehenen Reihenfolge behandelt werden.

Art. 25

Inpflichtnahme

Die **Vorsitzende** bittet Benjamin Gut (SP) für die Inpflichtnahme nach vorne.

Alle Anwesenden werden gebeten, sich während der Inpflichtnahme von ihren Plätzen zu erheben.

Der **Ratssekretär** verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

Einwohnerrat Benjamin Gut (SP) leistet das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“.

Die **Vorsitzende** wünscht ihm sehr viel Freude, Engagement und Erfolg bei der Parlamentsarbeit. Der Applaus gilt stellvertretend für alle im Saal, welche sich engagieren. Sie hofft, dass sich nächstes Mal auch die Gäste auf der Tribüne erheben werden, wenn ein Mitglied des Einwohnerrates vereidigt wird.

Mitteilungen

Den Einwohnerratsmitgliedern wurden an der heutigen Sitzung folgende **Unterlagen verteilt**:

- Programm Argentinische Literaturtage vom 15. bis 17. Oktober 2010 in Zofingen
- Broschüre „Naturnetz – vernetzte Natur“ der Fachstelle Natur und Landschaft
- Protokolle der Einwohnerratssitzungen vom 14. und 21. Juni 2010

Wie immer können die Mitglieder des Einwohnerrates innert der Frist von 10 Tagen schriftlich Abänderungen oder Ergänzungen verlangen. Unter diesem Vorbehalt werden die beiden Protokolle an der nächsten Sitzung vom 25. Oktober 2010 als genehmigt erklärt.

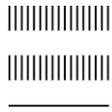
Neueingänge

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation von Dominik Gresch, Marco Arni und Renata Siegrist (alle glp/DYM) betr. Energiepolitisches Engagement der Energiestadt Zofingen
- Motion der SVP-Fraktion betr. Fit for the mission: Eventualplanung Parkhaus Untere Vorstadt
- Motion der SVP-Fraktion betr. Abklärung Outsourcing der Informatik der Stadtverwaltung
- Motion von Robert Weishaupt (DYM/CVP) betr. für eine zeitgemässe IT-Infrastruktur in Zofingen

Die Vorstösse werden an einer der kommenden Sitzungen behandelt.

An der letzten Einwohnerratssitzung wurden die Fraktionen gebeten, Mitglieder für die **einwohner-rätliche Spezialkommission Personalreglement** zu nominieren, was auch alle getan haben. Folgende Mitglieder des Einwohnerrates wurden vorgeschlagen:



- Viviane Hösli, SP
- Rahela Syed, SP
- Marcel Thüler, SP
- Dominik Gresch, DYM
- Markus Schlatter, DYM
- Markus Schär, FDP
- Daniel Schmid, FDP
- Nadia Kuhn, SVP
- Jürg Seiler, SVP

Die **Vorsitzende** dankt ihnen für ihr Engagement. Es war eigentlich vorgesehen, die Kommission heute Abend zu konstituieren sowie einen Präsidenten oder eine Präsidentin zu wählen. Da dieses Geschäft aber nicht wie geplant im November im Einwohnerrat behandelt wird, hat das Büro des Einwohnerrates entschieden, die Konstituierung dann vorzunehmen, wenn der Zeitplan für diese Vorlage bekannt ist.

Die **Ratspräsidentin** verliest den Anwesenden das **Rücktrittsschreiben von Roman Federer (SVP)** vom 11. Juli 2010. Sein Rücktritt erfolgt per 30. September 2010. Verabschiedet wird Roman Federer am Schluss dieser Sitzung.

Vielleicht haben einige Anwesende bereits gehört, dass bei der SVP kein Ersatz mehr vorhanden ist. Es sind bereits alle Nichtgewählten nachgerückt. In diesem Falle gilt folgende Regelung: „Kann ein frei gewordener Sitz nicht durch Nachrücken besetzt werden, können die Unterzeichnenden der Liste, welcher das ausgeschiedene Ratsmitglied angehörte, innerhalb einer durch das Wahlbüro angesetzten Frist einen Ersatzvorschlag einreichen. Dieser bedarf der Zustimmung von mindestens acht der seinerzeitigen Unterzeichnenden.“

Die SVP reichte fristgerecht einen **Ersatzvorschlag** ein und diese Person wurde durch das Wahlbüro auch bereits als gewählt erklärt. Es handelt sich um **Eveline Anderegg**, geb. 28. Februar 1974, von Buchholterberg BE und Oberbipp BE, wohnhaft in Zofingen, Wiggerweg 5. Die Inpflichtnahme von Frau Anderegg ist für die Einwohnerratssitzung vom 25. Oktober 2010 vorgesehen.

Art. 26

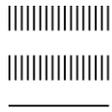
Einbürgerungen

GK 47 und GK 48

Hr. **Marcel Thüler**, Referent der FGPK, hält fest, dass die beiden Gesuchstellenden am 22. Juni 2010 zum Gespräch vor der Einbürgerungskommission erschienen sind.

GK 47

Die Gesuchstellerin ist als vierjähriges Kind in die Schweiz eingereist und wohnt seit dem Jahr 2001 in Zofingen, wo sie auch die Schule besucht. Sie hat in der Einbürgerungskommission einen guten Eindruck hinterlassen und hat dieselben Kenntnisse vom Leben in der Schweiz bzw. in Zofingen wie andere gleichaltrige Jugendliche auch. In der Freizeit nutzt die Gesuchstellende das Angebot des Mädchentreffs und des Planet Z. Zudem spielt sie Basketball und Keyboard. Die FGPK schlägt dieses Einbürgerungsgesuch einstimmig zur Annahme vor.



GK 48

Diese Gesuchstellerin wohnt seit dem Jahr 1968 in der Schweiz. Sie hat jeweils gearbeitet und es wurden ihr sehr gute Referenzen ausgestellt. In der Schweiz wurden ihre Kinder geboren und ihr Mann beerdigt. Sie fühlt sich hier zu Hause und möchte sich nach rund 42 Jahren Aufenthalt in diesem Land gerne einbürgern lassen. Die Gesuchstellende hat in der Einbürgerungskommission mit ihrem fundierten Wissen über die Schweizer Politik brilliert. Sie ist am politischen und öffentlichen Leben äusserst interessiert. Die FGPK schlägt auch dieses Einbürgerungsgesuch einstimmig zur Annahme vor.

Nachdem zu den Einbürgerungsgesuchen das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt die **Vorsitzende** über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

GK 47

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 39:0 Stimmen zugestimmt.

GK 48

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 39:0 Stimmen zugestimmt.

Die **Vorsitzende** gratuliert den beiden Gesuchstellenden ganz herzlich zu ihren sehr guten Resultaten, mit welchen sie in das Zofinger Gemeindebürgerrecht aufgenommen wurden, und wünscht ihnen alles Gute.

Art. 27

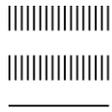
GK 49

Pflanzlandverlegung Brühl – Kreditbewilligung für die Verlegung in das Gebiet Spitalbrühl/Aesch

Hr. **Robert Weishaupt**, Referent der FGPK, teilt mit, dass die FGPK die Vorlage an ihrer Sitzung vom Mittwoch, 25. August 2010 besprochen hat. An der Sitzung waren Stadtrat Rolf Moor, die beiden Herren Werner Ryter und Werner Oppliger des Bereichs Tiefbau und Planung sowie 7 Mitglieder der FGPK anwesend.

Stadtrat Rolf Moor erläuterte der FGPK das Projekt anhand der Einwohnerratsvorlage. Das Vorhaben, für welches bereits Baubewilligungsverfahren in Zofingen und Oftringen am laufen sind, sollte im nächsten Frühjahr schon realisiert sein, sofern dieses heute Abend von der Mehrheit befürwortet wird. In der umfangreichen Debatte wurden von Seiten der FGPK diverse Fragen gestellt, welche allesamt beantwortet wurden. Auf die Details der Fragen und Antworten geht Robert Weishaupt nicht ein, da die Einwohnerratsmitglieder diese bereits im FGPK-Protokoll nachlesen konnten.

Die FGPK ist der Auffassung, dass das Projekt, welches gegenüber den damaligen Schätzungen höhere Kosten aufweist, im Rahmen ist. Das heutige Vorhaben enthält mehr Leistungen als noch vor 14 Jahren. So ist beispielsweise ein Zaun um das ganze Gelände vorgesehen. Beachten sollte man auch, dass die Einnahmenseite wesentlich verbessert wird, indem der Pachtzins erhöht wird.



Die Bereitschaft umzuziehen ist seitens des Vereins vorhanden und dieser steht auch hinter diesem Projekt. Mit den neuen Kosten ist dieser ebenfalls einverstanden. Dies wurde der FGPK von Verwaltungsseite her so versichert.

Dass das frei werdende Industrieland finanziell besser ausgenutzt werden kann, ist gegeben. Es gibt auch schon verschiedene Varianten, wie das Gebiet in Zukunft aussehen könnte. Es liegt jetzt im Geschick der Verwaltung und des Stadtrates, dieses Land zu einem guten Preis zu verkaufen und möglichst ein oder mehrere gute Steuerzahlende anzusiedeln. Oder wie heisst es so schön: „Sähet und ihr werdet ernten.“

Bevor man aber auf dem frei werdenden Land sähen und ernten kann, muss zuerst noch aufgeräumt und Altlasten beseitigt werden. Auch dieses Thema wurde an der FGPK-Sitzung behandelt. Zudem liegen bereits erste Zahlen auf dem Tisch, wohin diese Kosten führen werden. Robert Weishaupt verweist wiederum auf das Protokoll der FGPK-Sitzung, aber auch auf die Einwohnerratsvorlage.

Die Aufbereitung für hervorragendes Industriebauland ist bewusst nicht in dieser Vorlage enthalten. Nach Meinung der FGPK ist dies einerseits richtig, andererseits aber auch falsch.

Das wichtigste Argument für die Umsiedlung der Pflanzgärten und die Schaffung von Industrieland tönte Robert Weishaupt bereits an. Es sind Einnahmen aus Landverkäufen und noch viel nachhaltiger ist die zu erwartende Steuergeld-Ernte von neuen Firmen, welche aus der Saat wachsen kann. Dies war der Hauptgrund, dass die FGPK mit 6:0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, dem Antrag des Stadtrates zustimmte. Die FGPK empfiehlt dem Einwohnerrat, ebenfalls zuzustimmen.

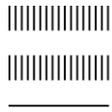
Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Gemäss Fr. **Miriam Ruf** sind rund CHF 700'000.- für Gärten schon viel Geld, aber für viele Leute bedeutet ein solcher Garten Lebensqualität und ist vielleicht sogar Teil des Lebensinhaltes. Die Pflanzlandverlegung bringt für Zofingen neues Industrieland, neue Arbeitsplätze und mittel- und langfristig hoffentlich auch zusätzliche Steuereinnahmen. Die Fraktion Dynamische Mitte stimmt der Vorlage deshalb zu.

In der Fraktion kamen aber trotzdem noch Fragen auf: Sind für die betroffenen Parzellen wirklich konkrete Interessenten vorhanden? Was passiert, wenn heute Abend diesem Vorhaben zugestimmt wird und nachher Einsprachen eingehen und die Pflanzlandverlegung nicht fristgerecht umgesetzt werden kann? Würden in diesem Falle die Gärten aufgehoben, damit das Land trotzdem weiter genutzt und verkauft werden kann? Zudem möchte sie gerne wissen, wie die Sanierung vorgenommen wird? Wird diese so oder so, also unabhängig vom Vorhandensein eines Interessenten, durchgeführt oder doch erst im Zusammenhang mit einem allfälligen Anwärter? Diese Fragen möchte die Fraktion Dynamische Mitte gerne noch beantwortet haben.

Hr. **Stefan Giezendanner** tritt bewusst einmal an das linke Rednerpult, um einen anderen Blickwinkel auf diese Vorlage zu richten. Eintreten ist klar nicht bestritten, aber er hat dennoch einige Anmerkungen zu diesem Geschäft.

Auf den ersten Blick macht die Pflanzlandverlegung absolut Sinn. Es handelt sich um einen strategischen Schritt, welcher durch die SVP-Fraktion auch unterstützt wird. Auf den zweiten Blick kommen bei diesem schönen Wetter jedoch düstere Wolken zum Vorschein, insbesondere über die Pflanzgärten. Weshalb? Die Begründung erfolgt in drei Punkten:



1. In der vorliegenden Projekt- und Investitionsvorlage 2010 sind lediglich zweimal CHF 200'000.– für die Jahre 2010 und 2011 eingestellt. Dies ergibt CHF 400'000.– und entspricht nicht dem Punkt „IV Kosten“ in der Einwohnerratsvorlage. Hier hat die Verwaltung schlichtweg unbefriedigend gearbeitet. Zwischenfazit: Unbefriedigend.
2. Ergänzend muss nochmals festgehalten werden, dass die Verwaltung hier seiner Meinung nach eine absolut unseriöse Arbeit geleistet hat. Wieso? Es sind CHF 400'000.– eingestellt, nach Argumentarium des Stadtrates vielleicht auch CHF 450'000.–. Fakt ist, dass der Einwohnerrat mit CHF 734'000.– beinahe das Doppelte vorgelegt bekommt. Dies mit der lapidaren Antwort „Unterschätzung der Kosten infolge Fehlen von Vergleichsprojekten“. Dies darf der Steuerzahlerin bzw. dem Steuerzahler ja wohl nicht einfach so untergejubelt werden. Zwischenfazit: Ungenügend.
3. Weshalb CHF 734'000.– ausgeben? Seiner Ansicht nach ist dies ein Verhältnisblödsinn. Vor allem, wenn die Mehrheit der Benutzerinnen und Benutzer ausserhalb der Stadt, insbesondere ausserhalb der Einwohnergemeinde Zofingen lebt. Von ihm aus gesehen handelt es sich um eine Luxusvariante, welche angeboten wird, mit Einzäunung, Wasser- und Elektroleitungen bis fast an jede Parzelle usw.

Im detaillierten Kostenvoranschlag, welcher zumindest den FGPK-Mitgliedern vorgelegt wurde, steht, dass 180 m³ abgetragen werden zum Kostenfaktor von CHF 20'000.–. Per Zufall hatte er gerade heute Morgen eine Offerte der Firma Fischer Kies + Beton AG, Staffelbach, auf dem Tisch, weil beim Unternehmen Giezendanner Transport AG, Rothrist, momentan auch in dieser Dimension gebaut wird. Gemäss dieser Offerte kostet der Abtransport von 560 m³ CHF 15'400.–. Dies wurde im Katasterplan wohlverstanden eingetragen. Gemäss Hochrechnung kostet der Abtransport von 560 m³ bei der Stadt Zofingen CHF 60'000.– und in der Privatwirtschaft knapp CHF 16'000.–. Hier wurde einfach nicht sauber gearbeitet. Zwischenfazit: Verhältnislosigkeit.

Stefan Giezendanner kommt zum Fazit und gleichzeitig zum Antrag: Angesichts dieser drei Punkte muss diese Vorlage zurückgewiesen werden. Er stellt Antrag auf Rückweisung dieses Geschäfts. Dies ganz klar mit der Zielsetzung, Kosteneffizienz zu erreichen und nicht, um die Vorlage als solches und ihre Stossrichtung zu verhindern. Die Kosten müssen unbedingt überarbeitet werden.

Hr. **Thomas Valko** hält fest, dass das Ziel der Ausgliederung der Pflanzgärten auf dem Industriegebiet ganz klar ist, frei werdende Flächen für Industrieansiedlungen zur Verfügung stellen zu können. Nach Auffassung der FDP-Fraktion macht dies auch absolut Sinn. Dass dieses Land nur dann weiterverkauft werden kann, wenn es baureif ist, ist ebenfalls klar. Andererseits werden die Pflanzgartenbetreiberinnen und -betreiber am neuen Standort ganz bestimmt glücklich werden. Sicher sind die Kosten von CHF 734'000.– nicht wenig, aber in der Vorlage sind schliesslich diese einwandfrei ausgewiesen. Um neues Industrieland nutzen zu können, sind Vorinvestitionen einfach unumgänglich. Offen ist zurzeit das Baubewilligungsverfahren in den Gemeinden Oftringen und Zofingen. Es bleibt aber zu hoffen, dass diese Phase mit geschickten Verhandlungen schnell und korrekt erledigt werden kann. So dass auch dieses Projekt zeitgerecht abgeschlossen werden kann. Die FDP-Fraktion hat das Geschäft GK 49 ohne Gegenstimme verabschiedet.

Hr. **Michael Wacker** erklärt, dass der SP die beinahe Verdoppelung der Kosten für die Verlegung der Pflanzgärten in der Einwohnerratsvorlage im Vergleich zum Voranschlag 2010 auch aufgefallen ist. Im Voranschlag 2010 waren die CHF 200'000.– immerhin als Voranschlagskredit eingestellt und im Einwohnerrat hat vor Jahresfrist niemand etwas dagegen gesagt. Für die SP-Fraktion wurden die Gründe für die höheren Kosten ausreichend dargelegt.

Losgelöst vom Nutzen, welchen die Stadt aus der Verlegung der Pflanzgärten ziehen wird, wird auch der Familiengärtnerverein (FGVZ) einen gewissen Nutzen daraus ziehen können. Letztlich liegt hier also eine Win-win-Situation vor. Zudem möchte Michael Wacker darauf hinweisen, dass gerade auch Familiengärten bzw. so genannte Schrebergärten in verschiedensten Bereichen zweifelsohne grosse Vorteile aufweisen – auch für die Stadt Zofingen. Hierbei spricht er beispielsweise das Thema Integration an.

In der heutigen Zeit, wo die Industrie auch Leute entlässt, kann es ausserdem sein, dass sich gerade durch einen solchen Familiengarten eine gewisse Tagesstruktur beibehalten lässt. Nebst den reinen finanziellen Aspekten hat dies einen hohen Wert.

Der SP ist aber auch aufgefallen, dass in der Vorlage steht, es sei schwierig, die Bodenbelastungen, welche durch den Einsatz von Düngemitteln entstanden sind, entsprechend abzuwälzen. Wie sieht es denn mit den Hausgärten aus? Dort wird doch auch gedüngt und auf dem Landwirtschaftsland ebenfalls. Es handelt sich um eine generelle Frage, welche in Zofingen nicht gelöst werden kann. Wahrscheinlich ist letztlich sogar das Landwirtschaftsland schwer belastet. Nichts desto trotz stimmt die SP-Fraktion diesem Projekt einstimmig und mit Überzeugung zu.

Dass gravierende Mängel bezüglich der Kosten in der Einwohnerratsvorlage vorhanden sind, weist der Stadtrat gemäss Hrn. **Rolf Moor**, Stadtrat, klar zurück. Richtig ist, dass im Investitionsplan für das Jahr 2010 ein Betrag von CHF 400'000.– eingestellt wurde. Der heutige Antrag von CHF 734'000.–, liegt um 83,5 % über diesem Betrag. Im Juni 2009 lag jedoch noch kein aktueller Kostenvoranschlag vor. Der Betrag wurde noch auf der Basis des alten Projekts, welches bis ins Jahr 1996 zurückgeht, eingestellt.

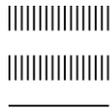
Die Bearbeitung bzw. Überarbeitung des alten Projekts fand in der zweiten Hälfte 2009 und vor allem Anfang dieses Jahres statt. Ebenso die Besprechung mit dem FGVZ. Abschliessend ist zu bemerken, dass die Anforderungen an das Pflanzgartenprojekt in verschiedener Hinsicht gestiegen sind. Beispielsweise bezüglich Gewässerschutz, Sanitäranlagen, Wasserleitungen, Erschliessung, Parkplätze, Ausgestaltung von Wegen und Randabschlüsse, aber auch was die Sicherheitsvorkehrungen anbelangt, wie zum Beispiel die Einzäunung des Areals.

Der Standard der geplanten neuen Anlage ist besser als derjenige der bestehenden Gartenanlage. Zudem ist anzumerken, dass die Verbesserungswünsche – auch der Nachbargemeinde – zur Verteuerung beigetragen haben. Demzufolge hat der Stadtrat nichts zu verbergen und er steht voll und ganz hinter dem heutigen Kreditantrag. Dies hat nichts mit lapidaren Formulierungen zu tun.

Mit dem Vorwurf, man habe das Ganze unterschätzt, hat der Stadtrat keine Mühe. Lieber eine Korrektur während der Vorbereitung oder Planung als bei der laufenden Ausführung. Projekte aus der Vergangenheit lassen an dieser Stelle grüssen.

Noch zur Frage, ob allfällige Interessenten für das frei werdende Industrieland vorhanden sind: Es sind verschiedene Anfragen eingegangen, aber ein konkreter Vorvertrag oder Ähnliches steht noch nicht im Raum. Die Idee des Stadtrates ist, das Land zu sanieren, um saubere Parzellen zum Verkauf anbieten zu können. Dementsprechend wird auch die Anzahl Interessenten viel grösser.

Zu den CHF 20'000.– für die Entsorgung, welche Stefan Giezendanner vorhin erläutert und als hoch eingestuft hat: Stadtrat Rolf Moor sieht dies ein wenig anders. Bei 380 m³ ergibt dies rund CHF 52.– pro m³. Abführen kostet nicht unbedingt so viel Geld, aber es kommt noch darauf an, wie sich



die Entsorgungsgebühren zusammenstellen. Diese variieren je nach Material, welches abgeliefert wird.

Zum Schluss noch etwas zu den Einsprachen bzw. Einwendungen wie diese heute heissen: Es liegen Einwendungen vor. Bewilligt der Einwohnerrat heute Abend diesen Kredit, wird der nächste Schritt sein, diese Einwendungen umgehend anzugehen und nach Lösungen zu suchen, um dieses Projekt möglichst bald realisieren zu können. Ob die Einwendungen allenfalls weitergezogen werden, kann Stadtrat Rolf Moor zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen, aber man ist bemüht, das Ganze dementsprechend vorwärts zu bringen.

Der FGVZ ist ein seriöser Verein und arbeitet nach klaren Strukturen. Pflanzplätze kann man nicht einfach so betreiben wie man will, es müssen klare Reglemente vorhanden sein. Reglemente, in welchen enthalten ist, welche Arten von Gebäude aufgestellt werden können, wie der Pflanzplatz grossmehrheitlich gestaltet sein muss, wie die Ordnung und Entsorgung ist usw. Der FGVZ wurde durch den Stadtrat gleich angesehen, wie jeder andere Verein in Zofingen auch, sei es ein Sportverein, ein Gesangsverein oder sonst irgendein Verein.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, lässt die **Vorsitzende** über den Rückweisungsantrag von Stefan Giezendanner abstimmen:

Der Rückweisungsantrag wird mit 29:9 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.

Die **Vorsitzende** eröffnet die Detailberatung über die Vorlage.

Das Wort wird in der Detailberatung nicht verlangt, die **Vorsitzende** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Für die Verlegung des Pflanzlandes „Brühl“ in das Gebiet Spitalbrühl/Aesch sei ein Kredit von CHF 734'000.- (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 30:9 Stimmen zugestimmt.

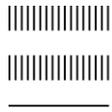
Art. 28

GK 51

Überführung des Projekts Chance Z! in einen Regelbetrieb als Fachstelle Chance Z!

Hr. **Marcel Murri**, Präsident der FGPK, hält fest, dass auch dieses Geschäft an der FGPK-Sitzung vom 25. August 2010 behandelt wurde. 7 Kommissionsmitglieder waren anwesend und 2 waren entschuldigt abwesend.

Die Überführung des Projekts Chance Z! in einen Regelbetrieb – sprich eine Dauerstelle – wurde diskutiert. Die gestellten Fragen wurden mehrheitlich, vielleicht mit einer Ausnahme, klar und eindeutig beantwortet. Grundsätzlich wurde das Projekt Chance Z! und dessen Wirkung aufgrund der zur Verfügung stehenden Unterlagen überaus positiv gewürdigt – auch innerhalb der FGPK. Die Kommission schätzte es sehr, dass sowohl eine externe wie auch interne Evaluation vorgenommen wurde, welche viele Informationen lieferte – nicht nur positive, sondern auch kritische. Der positive



Aspekt überwog jedoch stark. Marcel Murri möchte an dieser Stelle den einen oder anderen Punkt herausgreifen:

Stark betont wurden die direkten Auswirkungen vor Ort. Es wurde auch die Frage gestellt, ob insbesondere die Einwohnerinnen und Einwohner von Zofingen davon profitieren, was bejaht wurde. Es ist ein Projekt von Zofingen für Zofingen. Dieser Aspekt scheint Wirkung zu zeigen.

Weiter basiert alles auf Freiwilligkeit. Sei es von Seiten der Unternehmungen bzw. Arbeitgebenden wie auch von Seiten der Klientinnen und Klienten, welche auf die Beratung, das Coaching und die Unterstützung angewiesen sind. Gleichzeitig kann diese Freiwilligkeit ein kritischer Punkt sein. Es kann niemand beurteilen, ob auf lange Zeit hinaus eine gesicherte Wirkung erzielt werden kann. Dies wird auch in der Evaluation angesprochen.

Im Augenblick sind es rund 100 Personen, welche an die Fachstelle Chance Z! vermittelt werden könnten. Die Auswirkungen für die Direktbetroffenen werden auf Nachfrage bestätigt. Nicht unbedingt immer harte Anstellungen, sondern auch Beschäftigungsprogramme innerhalb der Stadt Zofingen wirken sehr positiv.

Der springende Punkt ist sicher die Wirtschaftlichkeit. Diese Frage wurde in der FGPK ebenfalls gestellt. Sie kann jedoch nicht klar und eindeutig mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden. Lohnt sich die Überführung des Projekts in eine Dauerstelle? In der Diskussion kam man zum Schluss, dass es äusserst schwierig ist, dies 1:1 zu beweisen. Der Nullvergleich kann praktisch nie angestellt werden. Innerhalb der FGPK kam man zur Ansicht, dass sich die Überführung – auch mit wenig Erfolg – relativ schnell rechnet. Vor allem wenn man bedenkt, dass der Durchschlag in Richtung Sozialkosten geht, wenn gar keine Wirkung erzielt wird. Es ist sehr schwierig, dies zu beurteilen und handfest zu berechnen.

In der Evaluation wurden aus Sicht der FGPK einige wichtige Punkte angesprochen. Einer der wichtigsten ist sicher die regionale Wirkung bzw. gewisse Vorsicht walten zu lassen, wenn es zu einem Dauerbetrieb kommt, diesen auszuweiten und beispielsweise auf weitere Gemeinden auszudehnen. Dies als Anregung und Hinweis darauf, dass eine Ausweitung genau geprüft werden müsste.

Ein weiterer Punkt ist bestimmt auch der Hinweis darauf, dass Firmen, welche als Arbeitgeberinnen in Frage kommen würden, zuerst für das eigene Personal schauen, wenn sie allfällige problematische Fälle haben, bevor sie dafür offen sind, weitere Leute aus der Fachstelle Chance Z! zu übernehmen. Letztendlich geht es um die Abwägung von teilweise „harten“ oder auch „weicheren“ Faktoren. Die FGPK kam zum Schluss, dass die positiven Seiten überwiegen und ein Projekt nicht unendlich lang weitergeführt werden kann. Wenn es sich bewährt, gehört dieses in einen Regelbetrieb. Die FGPK unterstützt die Überführung des Projekts in einen Regelbetrieb deshalb mit 6:0 Stimmen, bei 1 Enthaltung.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Hr. **Jakob Lang** teilt mit, dass sich die FDP-Fraktion eingehend mit dieser Vorlage befasst hat. Die Stellenbewilligung im Bereich Soziales ist für die FDP nichts Einfaches. Es müssen gute Gründe vorliegen, damit sie zustimmen kann. Im liberalen Sinn geht es aber darum, Chancen sowie Gefahren abzuwägen und zu einem Ergebnis zu gelangen. Was ist aus Sicht der FDP-Fraktion positiv?

Das bisher Erreichte wird eigentlich als positiv angesehen. Die Vermittlung von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in den 1. oder aber auch 2. Arbeitsmarkt ist eminent wichtig für die Finanzen der Stadt Zofingen. Sie führt im besten Falle zu Kosteneinsparungen durch Insourcing und zur Unterbrechung des unsäglichen Kreislaufs, bei welchem diese Personen zwischen Beschäftigungsmassnahmen und Sozialhilfe hin und her geschoben werden. Ebenso positiv ist die individuelle Wirkung auf den Menschen selber, also dass sein Selbstwertgefühl gesteigert werden kann.

In der Evaluation wurden die Schwachpunkte ganz gut aufgezeigt. Dies ist es eigentlich auch, was der FDP an dieser Vorlage gefällt, dass sie offen und ehrlich rüberkommt. Wo sieht die FDP-Fraktion also die Schwachpunkte? Die Evaluation der Firma socialdesign ag, Bern, erstellt durch Frau Katja Schnyder-Walser und Frau Dr. Regula Ruffin zeigte diese auf: Die Anpassung der Strukturen ist noch nicht erfolgt – man muss aber auch sehen, dass die Evaluation bereits nach 2 Jahren vorgenommen wurde – und der Aufbau sowie die Definition des Controllings sind ebenfalls noch nicht vollbracht. Jakob Lang zitiert an dieser Stelle aus dem Schlussbericht der socialdesign ag:

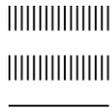
„Mit der Überführung von Chance Z! in einen Regelbetrieb sollte ein geeigneter Rhythmus für Standortbestimmungen festgelegt werden (zum Beispiel jährlich). Damit kann regelmässig überprüft werden, ob die Strategie nach wie vor stimmig ist resp. inwiefern operative Anpassungen (Aufbau- und Ablaufstrukturen, Kommunikation und Information, Finanzierung, etc.) erforderlich sind. Als Grundlage für die Standortbestimmung wäre es gut, Kennzahlen zu bestimmen, anhand welcher künftig festgestellt werden kann, ob die Fachstelle Chance Z! weitergeführt werden soll.“

Aus diesen Bemerkungen entnimmt die FDP klar und deutlich, dass dies bisher noch nicht geschehen ist. Zusätzlich empfehlen die Fachleute an und für sich, dass die Weiterführung der Fachstelle periodisch überprüft werden soll. Die Verstetigung der Netzwerkpflege ist sicher auch etwas Notwendiges. Darauf wird im Schlussbericht ebenfalls hingewiesen. Die Vertiefung der Arbeitssuche im 2. Arbeitsmarkt ist bisher nur am Rande erfolgt. Ein kritischer Punkt ist zudem die Expansion auf regionaler oder sogar kantonaler Ebene. Diese muss mit Vorsicht angegangen werden. Zuerst müssen die Hausaufgaben sauber gelöst werden, obwohl dies von einem grossen Enthusiasmus für das Projekt zeugt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Lohnadministration, welche noch nicht gelöst ist.

Wägt man die positiven und negativen Punkte ab, stellt man fest, dass viel auf der individuellen, der sozialen und auch der finanziellen Ebene erreicht wurde, der Weg aber noch nicht zu Ende gegangen wurde. Die FDP hat den Eindruck, dass ein durchaus schmackhaftes Menü am kochen ist, dieses aber noch nicht fertig gestellt ist bzw. noch nicht so weit ist, dass es fertig angerichtet werden kann. Man muss den Koch auf jeden Fall fertig kochen lassen, jetzt abzubrechen wäre falsch. Aber ihn jetzt gleich anstellen...? Aus diesem Grund stellt die FDP-Fraktion folgenden Gegenantrag:

Wir beantragen, das Projekt Chance Z! um 2 Jahre befristet mit 100 % weiterzuführen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die Kennzahlen zu entwickeln, welche es erlauben, über die Weiterführung als Fachstelle zu entscheiden.

Fr. **Irma Jordi** erklärt, dass die Fraktion Dynamische Mitte die Überführung des Projekts Chance Z! in einen Regelbetrieb befürwortet. Sie ist davon überzeugt, dass dies der richtige Weg ist, auch zum jetzigen Zeitpunkt. Es geht darum, dass Langzeitarbeitslose im 1. oder 2. Arbeitsmarkt beschäftigt werden. Wenn man ihnen von Gemeindeseite her eine Beschäftigung geben kann, wie dies bei der Couvertierung der Abstimmungsunterlagen der Fall ist, ist dies eine gute Sache. Kann man die Integration in den 1. Arbeitsmarkt unterstützen, ist dies umso besser.



Aus eigener Erfahrung von Arbeitgeberseite her findet Irma Jordi, dass es absolut notwendig ist, diese Personen zu unterstützen. Es geht um Menschen, welche nicht nur wegen der Wirtschaftskrise aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden sind. Diese Leute haben meistens vielschichtige Probleme, welche die Arbeitsfähigkeit jedoch nicht verhindern. Diese Personen müssen einfach speziell begleitet und betreut werden. Der Arbeitgeber kann diese Betreuung aber leider oftmals nicht selber wahrnehmen. Würde dieser im Betrieb über eine geeignete Struktur verfügen, wäre die Schwierigkeit, dass, wenn gesundheitliche oder persönliche Probleme vorliegen, er weder von einem Arzt noch von einem Sozialamt Auskunft über den Arbeitnehmenden bekommen würde und diesem entsprechend nicht weiterhelfen könnte. Grundsätzlich ist die Fraktion Dynamische Mitte dafür, dass der Regelbetrieb eingeführt wird.

Gemäss Hrn. **Markus Gfeller** hat die SVP-Fraktion die Vorlage intensiv besprochen. Nebst der Kosten-Nutzen-Frage kam dabei heraus, dass die Anstrengungen, welche bezwecken, die Klientinnen und Klienten in der Gesellschaft zu integrieren, anerkannt und unterstützt werden. Ob die Platzierung in private Unternehmen längerfristig erfolgreich sein wird, ist aus Sicht der SVP in der Vorlage offen geblieben. Aus diesem Grund wird die SVP-Fraktion den Antrag der FDP-Fraktion unterstützen und sie ist gespannt, welche genaueren Informationen zur Längerfristigkeit in 2 Jahren geliefert werden können.

Ende August waren die Fraktionsvorsitzenden eingeladen, als die Klientinnen und Klienten des Projekts Chance Z! die Abstimmungsunterlagen verpackt haben. Man konnte zuschauen, mit den Anwesenden diskutieren und einen vertieften Einblick in ein Tätigkeitsfeld des Projekts Chance Z! gewinnen. Fr. **Anne-Käthi Kremer** hält fest, in den Gesprächen mit den anwesenden Klientinnen und Klienten habe sich gezeigt, dass das Projekt Chance Z! für sie einen Hoffnungsschimmer darstellt, im Arbeitsmarkt wieder Fuss zu fassen. Chance Z! bietet ihnen einen Lebensinhalt, intensive Beratung und Begleitung und verhindert allfällige Folgekosten. Denn Langzeitarbeitslosigkeit kann körperlich und psychisch krank machen, dies haben sämtliche dort anwesenden Klientinnen und Klienten bestätigt. Die SP-Fraktion ist deshalb überzeugt, dass in Zofingen nicht nur für ein solches Projekt, sondern auch für einen entsprechenden Regelbetrieb die Notwendigkeit besteht.

Chance Z! hat während der Projektphase erste Erfolge verbucht: Klientinnen und Klienten wurden erfolgreich in den Arbeitsmarkt reintegriert und die Sozialhilfe wurde finanziell massiv entlastet. Selbstverständlich läuft noch nicht alles optimal und es gibt noch Entwicklungspotenzial. Dies zeigen sowohl der interne wie auch der externe Evaluationsbericht des Projekts auf. Die SP-Fraktion ist aber der Überzeugung, dass auch dank der geplanten Stellenaufstockung von 60 auf 100 % die Empfehlungen, Ziele und Strategien erreicht und umgesetzt werden können. Bis jetzt war mit einem 60 %-Pensum schlicht nicht alles machbar.

Eines ist klar: Die momentane wirtschaftliche Lage macht das Leben von Langzeitarbeitslosen nicht einfacher – im Gegenteil. Umso erfreulicher ist es, dass zahlreiche namhafte Zofinger Betriebe in der Begleitgruppe von Chance Z! mit von der Partie sind. Chance Z! ist ein Paradebeispiel in Sachen Zusammenarbeit und gemeinsame Interessenverfolgung seitens der Stadt und der Verwaltung zusammen mit der Privatwirtschaft und den betroffenen Personen. Die SP-Fraktion stimmt deshalb der Überführung des Projekts Chance Z! in einen Regelbetrieb mit Freude zu und Anne-Käthi Kremer empfiehlt allen Einwohnerratsmitgliedern dasselbe zu tun.

Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, möchte sich zuerst ganz herzlich bei den Mitgliedern des Einwohnerrates bedanken. Sie spürt Anerkennung für dieses Projekt, was wirklich grandios ist. Sie hat den Eindruck, dass nicht mehr über das Projekt selber und dessen Absichten gesprochen werden

muss. Deshalb würde sie gerne über den Antrag diskutieren und einige Punkte einfließen lassen, welche vielleicht noch zum Überlegen anregen, ob der Gegenantrag der FDP-Fraktion, welcher durch die SVP-Fraktion unterstützt wird, wirklich der richtige Weg ist.

Frau Vizeammann Annegret Dubach würde es nicht begrüßen, wenn der Pilot weitergeführt werden müsste. Viele Kritikpunkte können erst angegangen werden, wenn das Projekt in einen Regelbetrieb überführt wird. Ein Knackpunkt sind bei diesem Pilotprojekt beispielsweise die Lohnadministrationsfragen. Eigentlich möchte man den Betrieben eine Arbeitskraft zur Verfügung stellen können, welche einfach bei der Stadt Zofingen abgeholt werden kann. Die gesamte Hintergrundarbeit sollte von Stadtseite her gelöst werden können. Dies kann jedoch nicht umgesetzt werden, wenn Chance Z! weiterhin ein Pilotprojekt bleibt. Man ist schon dabei, zusammen mit der Personalabteilung zu überlegen, wie dies gelöst werden soll. Es könnte gut sein, dass Chance Z! zu einem Verein umgewandelt werden muss, damit diese Dienstleistung erbracht werden kann. Dies würde jedoch irgendwie „schräg in der Landschaft“ stehen, wenn ein Verein gegründet wird, welcher eigentlich nur auf Versuchsschienen fährt. Deshalb plädiert sie weiterhin für einen Regelbetrieb.

Des Weiteren plädiert sie für einen Regelbetrieb in dem Sinne, dass in Zukunft genau diese Punkte, welche von der socialdesign ag kritisiert wurden, angegangen werden können. Es war ganz wichtig eine Aussenperspektive zu erhalten, damit man zeigen kann, dass man sich nicht selber legitimieren will und die Arbeit gespiegelt wird. Es soll zudem mit festen Anstellungen gearbeitet werden, damit die 100 Stellenprozente vernünftig besetzt und die Stellvertretungslösung angeschaut werden können. Man soll sich überlegen, auf welcher Ebene welche Kräfte benötigt werden. Aus Sicht von Frau Vizeammann Annegret Dubach wurde bewiesen, dass man in der Absicht auf Kurs ist. Nun braucht es aber noch ein Fundament, damit die Kritikpunkte angegangen werden können.

Man möchte weiterhin mit Chance Z! arbeiten können, weil auf diese Weise Beschäftigungsprogramme umschifft werden können. Man kann natürlich nicht sämtliche Beschäftigungsprogramme umgehen, da es durchaus Personen gibt, welche wirklich nur in solche Programme hineinpassen und nicht für die Chance Z!-Arbeit geeignet sind. Es würden zwei Schienen entstehen, welche seriös bearbeitet werden könnten und mit welcher dementsprechend Wirkung erzielt werden könnte.

Einwohnerrat Jakob Lang hat vorhin das Controlling vermisst. Dazu kann Frau Vizeammann Annegret Dubach nur sagen, dass der Bereich Soziales der einzige Bereich der Stadt Zofingen ist, welcher vierteljährliche Reportings zuhänden des Stadtrates erstellt. Darin wurde auch immer aufgezeigt, wo dieses Projekt steht, was alles unternommen wird und welcher Erfolg damit erzielt wird. Es war ganz wichtig darzulegen, ob das Pilotprojekt überhaupt gelingt oder dieses wieder abgesetzt werden muss.

Dass ein Regelbetrieb eine gewisse Konstanz und mit der Zeit vielleicht sogar eine Selbstverständlichkeitshaltung auslöst, versteht sie. Aber sie kann auch versprechen, dass, wenn es in der Stadt Zofingen keine Arbeitslosen mehr gibt, das Projekt sofort abgesetzt wird. Zudem dünkt es sie äusserst wichtig, dass mit der Überführung in einen Regelbetrieb ein geniales Signal ausgesendet wird. Man zeigt damit nämlich, dass es uns etwas bedeutet, die Leute vor Ort unter die eigenen Fittiche zu nehmen und mit ihnen einen Weg zu gehen, der ihnen zu neuem Erfolg verhilft. Denn Schlussendlich ist es ja nicht der Erfolg der Stadt Zofingen. Frau Vizeammann Annegret Dubach freut sich, wenn dieser an das Individuum weitergereicht werden kann und dieses wieder eigenverantwortlich für sein Leben sorgen kann.

Zum Schluss noch etwas zu einem grösseren Kritikpunkt seitens des Einwohnerrates: Eine allfällige Regionalisierung von Chance Z! findet nur statt, wenn die Fachstelle in Zofingen absolut hervorra-

gend läuft. Dies kann Frau Vizeammann Annegret Dubach, jedenfalls solange sie in diesem Amt bzw. Ressortvorsteherin Soziales ist, versprechen. Wie kam diese Idee überhaupt auf? Man wurde von anderen Gemeinden angesprochen, ob man sie nicht auch beraten bzw. Personen von dort in das Projekt aufnehmen könnte. Man ist nicht übermütig, aber man könnte sich eine Ausdehnung, wenn die Voraussetzungen stimmen, durchaus vorstellen. Der Regionalisierungsgedanke steht aber ganz weit hinten auf der Prioritätenliste.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung über die Vorlage.

V Ziele der Fachstelle Chance Z! im Regelbetrieb

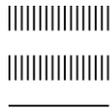
Gemäss Hrn. **Marco Arni** haben die Anwesenden bisher einiges gehört über Controlling und darüber, dass das Projekt noch länger getestet werden sollte. Er versteht auch den Gegenantrag der FDP-Fraktion in diese Richtung. In der Fraktion Dynamische Mitte wurde ebenfalls darüber diskutiert, dass eine solche externe Evaluation etwas sehr Wertvolles ist. Es werden dabei interessante Sachen aufgedeckt, welche von innen her nicht unbedingt auf dieselbe Weise betrachtet würden. Seine Frage ist daher folgende: Könnten nicht weiterhin regelmässig externe Evaluationen vorgesehen werden? Vielleicht könnte nach 2 oder 4 Jahren wiederum eine solche Durchleuchtung vorgenommen werden, um den Erreichungsgrad der Ziele zu überprüfen.

Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, gefällt dieser Gedanke eigentlich ganz gut. Sie lässt sich nämlich gerne messen. Sollte das nötige Geld bereitgestellt werden können, findet sie den Vorschlag von Wohnerrat Marco Arni sehr gut.

Hr. **Jakob Lang** möchte nochmals kurz auf den Gegenantrag der FDP-Fraktion zurückkommen und Frau Vizeammann Annegret Dubach eine kleine Replik geben: Es geht nicht nur darum ein Controlling um des Controllings Willen zu führen, sondern auch darum, zu schauen, ob die Fachstelle weiterhin sinnvoll ist und es sich lohnt, diese weiterzuführen. Die Messlatte hat Frau Vizeammann Annegret Dubach vorhin wie folgt definiert: Sollte es in Zofingen keine Arbeitslose mehr geben, würde diese Stelle sofort abgeschafft. In diesem Falle besteht die Fachstelle auf ewig, denn es gibt immer eine gewisse Sockelarbeitslosigkeit, welche nie gänzlich verschwindet. Insofern stellt sich die Frage, wo die Messlatte angesetzt werden soll bzw. wie hoch die Hürde sein soll.

Mit dem Antrag der FDP wird die Hürde zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht auf eine bestimmte Höhe festgelegt, sondern es geht um das Messen in 2 Jahren. Mit der Unsicherheit, jetzt Vollgas in der eingeschlagenen Richtung weiterzumachen und die Strukturen so tragbar aufzubauen, dass man danach sagen kann, diese seien hieb- und stichfest, muss man leben können. Wenn zu einem späteren Zeitpunkt eine Messung stattfindet, schwebt wieder dasselbe Damoklesschwert über das Ganze und man fragt sich wiederum, ob es sinnvoll ist oder nicht.

Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, warnt vor der Unsicherheit, welche in Bezug auf die konkreten Vorschläge im Evaluationsbericht entsteht. Es gibt gewisse Schritte, welche sie nicht einleiten würde, da es keinen Sinn machen würde, ohne zu wissen, in welche Richtung es geht. Weshalb vertraut sie dermassen darauf, dass dies gut herauskommt? Sie erhofft sich natürlich nicht die entsprechende Kundschaft, aber mit einer gewissen Sockelarbeitslosigkeit muss man rechnen. Zudem möchte sie jetzt bei den Kritikpunkten ansetzen und diese angehen können. Einige davon können jedoch nur angegangen werden, wenn man um eine gewisse Stabilität Bescheid weiss.



Innerhalb von 2 oder 3 Jahren kam man nicht aus der Talsohle raus und aufgrund der vorliegenden Zahlen muss noch lange daran gearbeitet werden. Deshalb plädiert Frau Vizeammann Annegret Dubach dafür, dass das Projekt Chance Z! in einen Regelbetrieb überführt wird. Sie hofft, dass der Einwohnerrat genug Vertrauen hat in die Arbeit, welche geleistet wird. So dass bei den Schwachpunkten angesetzt und damit bewiesen werden kann, dass ein Regelbetrieb etwas bringt.

Frau Vizeammann Annegret Dubach hätte grosse Bedenken, wie dies während den nächsten 2 Jahren laufen sollte. In einem Jahr müsste sie bereits wieder eine Evaluation in Auftrag geben und von den Erkenntnissen her wäre man zu jenem Zeitpunkt vermutlich nicht wirklich viel weiter.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die **Vorsitzende** lässt über den stadträtlichen Antrag sowie den Gegenantrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Antrag Stadtrat

Der Überführung des Projekts Chance Z! in einen Regelbetrieb als Fachstelle Chance Z! mit 100 Stellenprozenten per 1. April 2011 sei zuzustimmen.

Antrag FDP-Fraktion

Wir beantragen, das Projekt Chance Z! um 2 Jahre befristet mit 100 % weiterzuführen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die Kennzahlen zu entwickeln, welche es erlauben, über die Weiterführung als Fachstelle zu entscheiden.

Der stadträtliche Antrag obsiegt gegenüber dem Antrag der FDP-Fraktion mit 21:18 Stimmen.

Die **Vorsitzende** lässt in der Schlussabstimmung über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 25:3 Stimmen (bei Enthaltungen) zugestimmt.

Sitzungspause

Art. 29

GK 36

Motion der Fraktion Dynamische Mitte vom 15. März 2010 betr. Zentrumsparking konkret (Begründung und Beantwortung)

Die **Vorsitzende** hält einleitend fest, dass die Begründung von Seiten der Motionäre durch Einwohnerrat Marco Arni erfolgt.

Etwas Positives gleich vorneweg: Die Beantwortung der Motion verursachte bestimmt nicht viel Aufwand und Kosten. Gemäss Hrn. **Marco Arni** ist dies aber auch der einzige positive Punkt, den die Fraktion Dynamische Mitte dieser Beantwortung abgewinnen kann. Konnte man beim Zwischenbericht, welcher dem Einwohnerrat zur ersten Motion vorgelegt wurde, noch von einer partiellen Arbeitsverweigerung sprechen, so ist man jetzt leider so ziemlich bei einer vollständigen Arbeitsverweigerung angelangt. Diese Motion ist keine Zwängerei, auch wenn es sich zugegebenermassen um

die zweite der Fraktion Dynamische Mitte zum Thema Parkhaus handelt. Der Stadtrat hat ihr leider keine andere Wahl gelassen. Selbstverständlich hätte sie sich dies anders gewünscht.

Dass eine einst einstimmig überwiesene Motion mit einem Zwischenbericht gebodigt werden soll, ist, nett ausgedrückt, kühn. Dass eine rein formelle Kenntnisnahme eines Zwischenberichts jetzt vom Stadtrat als politischer Entscheid, hinter den man nicht zurückfallen darf, angeschaut wird, wirkt –wiederum nett ausgedrückt – ein wenig grotesk.

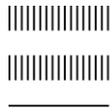
Der Stadtrat darf gegen ein Parkhaus sein, aber er soll bitte mit offenen Karten und nach den Spielregeln spielen. Das heisst, er soll Motionen auch wie Motionen behandeln. Der einmal geäusserte politische Willen der Legislative soll er nicht einfach so auflaufen lassen. Deshalb ist die neue Motion vor allem auch ein Zeichen. Ein Zeichen der Legislative, dass ihr die politischen Instrumente ernst sind und nicht akzeptiert wird, dass diese vom Stadtrat umschifft werden.

An sich verlangt die Motion, über welche heute abgestimmt wird, nichts Ungeheures, sondern nur klare Entscheidungsgrundlagen. Es soll auf den Tisch gelegt werden, wie teuer ein solches Parkhaus zu stehen käme, wie lange eine Realisierung dauern würde und wie dieses sinnvoll in eine Altstadt- und Verkehrskonzeption einzubetten wäre. Man will planen um entscheiden zu können, und nicht um sofort drauflos zu bauen. Was ist daran schlimm? Was ist daran verwerflich? Und warum diese Verweigerung? Die Fraktion Dynamische Mitte ist ein wenig ratlos. Ein Zentrumsarking wäre ein Jahrhundertprojekt für die Stadt Zofingen und würde viel verändern. Dies muss doch angedacht und durchgedacht werden dürfen – und zwar seriös.

Stadtrat Rolf Moor kennt es aus seinem Geschäftsleben nur allzu gut: Wer sich für etwas interessiert, holt eine Offerte ein. Eine Offerte ist aber noch kein Auftrag. Aufgrund einer Offerte entscheidet ein potenzieller Kunde, ob er letztlich einen Auftrag erteilen will. Die Fraktion Dynamische Mitte will mit dieser Motion nichts anderes bezwecken. Sie möchte eine Offerte für ein Parkhaus. Nicht nur eine bauliche oder finanzielle, sondern als politische Behörde eben auch eine politische Offerte. Der Zwischenbericht zur ersten Motion war leider keine brauchbare Offerte. Kein Kunde, schon gar nicht, wenn es um ein solches Grossprojekt geht, würde auf dieser Basis einen Kaufentscheid fällen. Ausser offenbar der Stadtrat, welcher aufgrund des Zwischenberichts bereits sagen kann, dass ein Parkhaus momentan nicht in Frage kommt.

Die Mitglieder des Einwohnerrates tragen politische Verantwortung. Sie sind nicht irgendwelche Auftraggeber, welche irgendetwas einkaufen möchten. Sie entscheiden für eine ganze Stadt und investieren Geld der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Deshalb braucht es eine besonders gute und verlässliche Offerte sowie eine vertiefte Evaluation der Vor- und Nachteile und keine Schnellschüsse in Form von Zwischenberichten.

Offenbar hat der Zwischenbericht bei einigen Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte jedoch Wirkung gezeigt. Einige sind scheinbar ins Zweifeln gekommen. Marco Arni möchte einfach daran erinnern, dass im Mai 2008 die erste Parkhausmotion einstimmig überwiesen wurde. Viel klarer kann der Wunsch nach einer konkreten Planung eines Zentrumsarkings gar nicht ausgedrückt werden. Auch in der Diskussion zum Zwischenbericht im März dieses Jahres gab es klare Worte. So zum Beispiel von der FDP: „Es kann nicht sein, dass das Vorhaben jetzt auf Eis gelegt bzw. unter den Tisch gewischt wird.“ Es folgten Hinweise auf das Häfligerareal, auf den Stadtsaal als Kongressort usw. Zudem wurde noch betont, dass das Vorgehen mit einem solchen Zwischenbericht „ziemlich aussergewöhnlich“ sei. Dies könnten die Worte der Fraktion Dynamische Mitte sein.



Der Einwohnerrat soll seiner Linie treu bleiben und mit Nachdruck verlangen, was eigentlich schon beim ersten Mal angebracht gewesen wäre: Eine seriöse Entscheidungsgrundlage ausarbeiten. Damit stärkt sich nicht zuletzt auch die Legislative selber den Rücken. Sie hat weiss Gott nicht so viele Möglichkeiten auf die Exekutive Einfluss zu nehmen. Deshalb muss sie darauf bestehen, dass immerhin ihre Motionen ernst genug genommen werden. In diesem Sinne dankt Marco Arni bereits jetzt allen Einwohnerratsmitgliedern herzlich für die Unterstützung der Motion „Zentrumsparking konkret“.

Die **Vorsitzende** fügt an, dass die Beantwortung des Stadtrates den Mitgliedern des Einwohnerrates rechtzeitig zugestellt wurde.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, erklärt, dass ein politischer Prozess und ein privatwirtschaftlicher Prozess grundlegend unterschiedlich sind. Der politische Prozess dauert meistens länger. Es ist korrekt, dass im Jahr 2008 eine erste Motion mit 36:0 Stimmen überwiesen wurde. Weiter ist ebenfalls korrekt, dass der Stadtrat dem Parlament nicht innerhalb der 12 Monate eine Einwohnerratsvorlage vorgelegt hat. Erst an der Einwohnerratssitzung vom 15. März 2010 legte der Stadtrat dem Einwohnerrat den Zwischenbericht zu dieser Motion vor. Dieser wurde mit grosser Mehrheit, nämlich mit 21:6 Stimmen, zustimmend zur Kenntnis genommen. Mit der Begründung, der Stadtrat wolle in dieser Legislaturperiode die Prioritäten aus verschiedenen Gründen anderweitig setzen und nicht in das Thutplatz-Parking investieren. Die Motion wurde aber nicht abgeschrieben, sie hat auch heute noch Gültigkeit. Der Stadtrat wird zu gegebener Zeit im Einwohnerrat wieder darauf zurückkommen. Weitere Bemerkungen will der Stadtrat nicht mehr kommentieren und er weist den Vorwurf der Sankt-Florian-Politik klar zurück. Er überlässt es dem Einwohnerrat, ob dieser heute die zweite Motion überweisen will oder nicht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt die **Vorsitzende** über die Überweisung der Motion der Fraktion Dynamische Mitte vom 15. März 2010 abstimmen:

Die Überweisung der Motion wird mit 27:9 Stimmen (bei Enthaltungen) abgelehnt.

Art. 30

GK 37

Motion der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte aus dem Ortsteil Mühlethal, Erstunterzeichner Thomas Valko (FDP), und Mitunterzeichnende vom 15. März 2010 betr. Gesamtplanung Mobilfunkantennen auf dem Gemeindegebiet von Zofingen (Begründung und Beantwortung)

Hr. **Thomas Valko** teilt mit, dass nachdem das Baugesuch für eine Sunrise-Natelantenne an der Geiserstrasse 1 im Ortsteil Mühlethal eingereicht wurde, im Mühlethal rund 150 Einwendungen eingereicht worden sind. Insbesondere weil der Standort als sehr ungeeignet erachtet wird. Bildlich dargestellt ist es so, wie wenn man mit einer Ständerlampe im Parterre den Estrich beleuchten möchte.

Das Baugesuch ist nach wie vor pendent. Zurzeit wird von der Bauherrschaft aber geprüft, ob für diese Anlage ein Alternativstandort in Frage käme. Dieses Baugesuch war der Auslöser für die Lancierung dieser Motion mit der Aufforderung, einen Gesamterschliessungsplan zu erarbeiten, welcher die Erschliessung des Gemeindegebietes mit Mobilfunkantennen und die Bewilligungspraxis anhand

des Leitfadens des Bundes festlegt. Dabei war zu prüfen, ob Wohnquartiere und sensible Bereiche wie Schulen und Spielplätze grundsätzlich als antennenfreie oder strahlenarme Quartiere ausgeschieden werden können. So viel zu den Gründen für die Einreichung der Motion.

Innerhalb des Siedlungsgebietes bzw. der Bauzone sind Mobilfunkanlagen in der Regel zonenkonform. Erfüllt ein Vorhaben die bau- und umweltschutzrechtlichen Anforderungen, so hat die Gesuchstellerin einen Anspruch auf Erteilung der erforderlichen Baubewilligung. Gemeinden sind im Rahmen ihrer bau- und planungsrechtlichen Zuständigkeiten jedoch befugt, Bau- und Zonenvorschriften in Bezug auf Mobilfunksendeanlagen zu erfassen, „soweit ein ortsplanerisches und nicht ein umwelt- und gesundheitspolitisches motiviertes Interesse besteht“. Dies ein Zitat aus dem Leitfaden des Bundes.

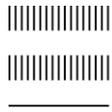
„Mit Beschluss vom 21. Oktober 2009 hat der Stadtrat der Vereinbarung über die Standortevaluation und -koordination mit dem Kanton Aargau zugestimmt. Die Mobilfunkanbieter sind damit verpflichtet, der Gemeinde vorgängig der Einreichung von Baugesuchen ihre Standortvorstellungen zu präsentieren. Die Gemeinde wird in die Standortkoordination bzw. Standortevaluation miteinbezogen. Konkret regelt diese Vereinbarung das gesamte Planungs- und Evaluationsverfahren vor der Einreichung eines Baugesuches durch Mobilfunkbetreiber.“ Dies ein Zitat aus der Stellungnahme des Stadtrates.

Beim genannten Baugesuch fand aber genau dies offenbar nicht statt. Entgegen dem, was in der stadträtlichen Stellungnahme erwähnt wird, wurden die Einwendenden vom Bereich Hochbau und Liegenschaften ebenso wenig über den Stand des Verfahrens orientiert. Es ist klar, dass dies bei 150 Einsprechenden einen gewissen Aufwand bedeutet, doch diese Kommunikation sollte unbedingt stattfinden. Deshalb wurde in der Motion verlangt, die Bewilligungspraxis habe anhand des Leitfadens des Bundes zu erfolgen.

In der stadträtlichen Stellungnahme wird unter dem Punkt „Antrag auf Umwandlung in ein Postulat“ darauf hingewiesen, dass sich eine Positivplanung als fehlerhaft herausstellen könnte. Der Leitfaden des Bundes erwähnt jedoch, dass es denkbar und – je nach Fall – wohl sinnvoll ist, Instrumente wie Negativplanung, Positivplanung usw. auf dem ganzen Gemeindegebiet zu kombinieren. Wird nach dem Leitfaden operiert, können zum vorneherein Diskussionen zu möglichen Standorten von solchen Antennen vermieden werden.

Der Stadtrat ist im Sinne der Erwägungen bereit, im Rahmen der Nutzungsplanung Massnahmen zu treffen. Die Motionäre sind ihrerseits bereit, dem stadträtlichen Antrag auf Umwandlung in ein Postulat zu folgen, wenn diese Massnahmen die Anwendung des Leitfadens des Bundes berücksichtigen, insbesondere auch im Falle des offenen Baugesuchs.

Hr. **Hans-Martin Plüss**, Stadtrat, möchte sich zuallererst für die Motion bedanken, denn diese unterstützt die Stossrichtung des Stadtrates. Im Rahmen dieses Baubewilligungsverfahrens konnte man feststellen, dass diese kein unwesentliches Gewicht hatte. Dem Stadtrat geht es darum, dass die Standorte der Mobilfunkantennen möglichst optimal gewählt werden. Er ist bereit, die Regeln für die Bewilligung und die Standortevaluation solcher Antennen in die Bau- und Nutzungsordnung aufzunehmen. Er ist froh, wenn er sich hier breiter abstützen und ein noch besseres rechtliches Rückgrat schaffen kann. Dabei möchte er aber nicht eine Positivplanung machen. Wie Einwohnerrat Thomas Valko vorhin erwähnt hat, wird befürchtet, dass dies einerseits sehr viel kostet und andererseits nachher, wenn es eine neue Technologie gibt, die Positivstandorte wieder hinterfragt werden müssen.



Um ganz ehrlich zu sein, fürchtet Stadtrat Hans-Martin Plüss persönlich auch ein wenig, dass die Zonen, welche für Mobilfunkantennen ausgeschieden würden, ebenfalls auf grosse Opposition stossen würden. Letztlich wäre man also gleich weit wie vorher. Deshalb möchte der Stadtrat eher beim Bewilligungsverfahren mehr Gewicht in die Waagschale werfen. Stadtrat Hans-Martin Plüss nimmt den Vorschlag, verstärkt nach dem Leitfaden des Bundes vorzugehen, sehr gerne auf. Die Strategie, welche bei besagtem Bewilligungsverfahren ebenfalls zum Tragen kam, ist, dass miteinander am Tisch Platz genommen und über den Standort diskutiert wird.

So kann auch über den Stand des Verfahrens informiert werden: Die Anbieterfirma hat das Gesuch sowie verschiedene Alternativstandorte, welche von der Stadt Zofingen vorgeschlagen wurden, wieder mit nach Hause genommen und prüft diese nun technisch. Offenbar dauert diese Prüfung sehr lange. Vielleicht spielte auch die ganze Fusionsgeschichte zwischen Orange und Sunrise dazwischen. Jedenfalls ging bis jetzt noch keine Stellungnahme der Bauherrschaft zu den Einwendungen ein, was der nächste offizielle Schritt im Verfahren wäre. Demzufolge konnte diese auch noch nicht offiziell den Einwenderinnen und Einwendern zugestellt werden.

Es ist korrekt, dass die Einwenderinnen und Einwender nicht über den Stand des Verfahrens informiert wurden. Der letzte Satz auf der ersten Seite der stadträtlichen Stellungnahme ist in diesem Sinne nicht vollständig. Dies fand ein Stück weit informell statt, indem einzelne Mitglieder des Komitees mündlich orientiert wurden. Es ist aber ganz klar, dass sobald eine Stellungnahme der Bauherrschaft vorliegt, diese allen Einwendenden zugestellt wird. Danach wird das Verfahren ordentlich weiterlaufen. Für dieses Versäumnis möchte sich Stadtrat Hans-Martin Plüss entschuldigen.

Nachdem das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt die **Vorsitzende** über die Umwandlung der Motion in ein Postulat abstimmen:

Der Umwandlung der Motion in ein Postulat wird ohne Gegenstimme zugestimmt.

Die **Vorsitzende** lässt anschliessend über die Überweisung als Postulat abstimmen:

Der Überweisung des Postulats wird mit 38:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.

Art. 31

GK 45

Interpellation der SVP-Fraktion vom 14. Juni 2010 betr. Konzept Kosten „Milchzentrale“ (Begründung und Beantwortung)

Hr. **Jürg Seiler** bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion recht herzlich für die erhaltene Beantwortung. Sie nimmt diese so zur Kenntnis, ist aber nicht glücklich darüber. Folgende Gründe sprechen gegen diesen Entscheid:

Man kann immer wieder in die guten alten Zeiten zurückblicken, was auch gut ist. Leider bringt dies einen nicht vorwärts. Zudem ist es nicht wirtschaftsfördernd, denn die Mitglieder der Genossenschaft Milchzentrale Zofingen haben im Jahr 2009 beschlossen, die Produktion per 31. März 2010 einzustellen. An dieser Bauernschläue zweifelt die SVP nicht, bestimmt haben sie auch ihre Rechnung aufgestellt. Die SVP-Fraktion kann sich ebenfalls vorstellen, dass sie nicht auf den Stadtrat gewartet haben, damit sich dieser einmischt und eine Marketinganalyse im Wert von CHF 9'000.–

finanziert. Alle wissen, dass die Milchgenossenschaft Immobilien im Wert von mehreren Millionen besitzt und sicher nicht auf diese CHF 9'000.– angewiesen war.

Sensationell ist auch, dass die eine Analyse die andere jagt. Der Analyse der Milchgenossenschaft wird keinen Glauben geschenkt. Der Stadtrat gab eine zusätzliche Analyse in Auftrag, mit der Hoffnung, Arbeitsplätze zu schaffen. Jürg Seiler ist der Ansicht, man habe hier vergessen, dass Grossverteiler in Zofingen verankert sind. Die Tankstellen wie auch der Bahnhofkiosk verkaufen ebenfalls Milch und Milchprodukte. Und ein Laden, welcher nach Meinung von Jürg Seiler unbedingt weiter und gut existieren können sollte, ist der Käseladen Roth.

Im Weiteren weist Jürg Seiler darauf hin, dass die SVP-Fraktion auf die Meinungen der Facebook-Gruppen verzichten kann, da diese ganz bestimmt nicht die benötigten konstruktiven Zahlen liefern.

Die **Vorsitzende** bittet Einwohnerrat Jürg Seiler, noch formell mitzuteilen, ob er mit der Beantwortung des Stadtrates zufrieden ist, obwohl dies eigentlich aus seinem Votum hervorging.

Hr. **Jürg Seiler** fügt an, dass die SVP-Fraktion dies so im Raum stehen lässt und mit der Beantwortung zufrieden ist.

Fr. **Christiane Guyer**, Stadträtin, hat versucht, die Interpellation möglichst ausführlich zu beantworten. Sie möchte dennoch das eine oder andere Argument anfügen, insbesondere auch in Bezug auf das Votum von Einwohnerrat Jürg Seiler.

Als Stadträtin Christiane Guyer von der Schliessung erfuhr, sagte sie nicht einfach, der Stadtrat müsse jetzt ein solches Konzept ausarbeiten. Ihre erste Tat war, mit dem Vorstand der Milchzentrale Kontakt aufzunehmen. Das Ganze wurde an verschiedenen Sitzungen besprochen. Der Antrag für das Konzept entstand eigentlich aus den Gesprächen mit dem Vorstand der Milchzentrale Zofingen.

Es wurde immer wieder erwähnt, dass die Genossenschaft viel Geld hat, was auch so ist. Ihr Geld steckt aber vorwiegend in den Liegenschaften. Deshalb entschied sich der Stadtrat, ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen auch im Sinne einer Aussensicht und mit der Begründung, herauszufinden, ob es nicht irgendeine Möglichkeit gibt, der Bevölkerung in der Region Zofingen ein nachhaltiges Produkt weiterhin anbieten zu können.

Die Analyse zeigte auf, dass entsprechende Möglichkeiten vorhanden sind. Der Stadtrat hat seine Sache getan. Nun ist ganz klar die Privatwirtschaft bzw. die Initiative von privater Seite her gefragt. Es wäre ein Feld offen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen; Diskussion wird nicht verlangt.

Art. 32

GK 46

Interpellation von Marco Arni (DYM/glp) und Mitunterzeichnende vom 21. Juni 2010 betr. Umgang mit ungültigen brieflichen Stimmen (Begründung und Beantwortung)

Die **Vorsitzende** bittet Einwohnerrat Marco Arni, mitzuteilen, ob er mit der Beantwortung des Stadtrates zufrieden ist.

Hr. **Marco Arni** erklärt, dass rund 2 % der Stimmenden formal falsch abstimmen. Dass jeder und jede Fünzigste, welche sich heute überhaupt noch die Mühe machen, an der halbdirekten Demokratie in diesem Land teilzunehmen, keine gültige Stimme abgeben, sei gemäss dem Stadtrat kein Problem. Er teilt diese Meinung nicht ganz und genau aus diesem Grund hat er die Interpellation eingereicht. Die Frage, wie viel Prozent ungültige Stimmen es sein dürfen, damit dies ein Problem ist, muss gestellt werden. Hier bleibt die Antwort des Stadtrates eher vage und vor allem eben relativ. Wenn es markant mehr sind als heute, dann sei es ein Problem. Warum ist denn der heutige Stand in Ordnung? Warum ist nach Ansicht des Stadtrates nicht jede ungültige Stimme eine zu viel? Wie schon im Interpellationstext ausgeführt, will – zumindest aus Sicht von Marco Arni – kaum jemand absichtlich formal falsch abstimmen. Dies wäre eine komische Motivation.

Erfreut ist er hingegen über die getroffenen Abklärungen beim Kanton. Offensichtlich besteht die Möglichkeit, Stimmberechtigte über ihre formal ungültige Stimme zu informieren. Dies ist für ihn neu und auch äusserst interessant. Er hat gehofft, jedoch nicht erwartet, dass dies möglich ist. Die Möglichkeit besteht also, aber wie alle gelesen haben, will der Stadtrat dies nicht umsetzen. Zu viel Aufwand und zu unsicherer Ertrag lautet seine Kurzbilanz. Schade, dass diese Bilanz in der Beantwortung nicht ein wenig detaillierter ausgeführt wurde. Denn, wenn es aus Sicht des Stadtrates so wenige sind, welche formal falsch abstimmen, kann der Aufwand ja nicht so gross sein, um diese darüber zu informieren. Oder ist die Zahl der ungültig Abstimmenden doch ein wenig grösser?

Marco Arni will nicht spitzfindig sein, sondern zum Fazit kommen: Dieses lautet in einem Wort zusammengefasst „schade“. Seine Hoffnungen haben sich nicht ganz erfüllt. Klar kann man, wie der Stadtrat dies in der Beantwortung macht, die Eigenverantwortung ins Feld führen und darauf hinweisen, dass viele Hilfen bestehen, um gültig abzustimmen. Dies bestreitet niemand und diese zeigen bestimmt auch Wirkung. Dass auf ein zusätzliches Infoblatt verzichtet werden soll, weil schon die Abstimmungsunterlagen für viele Leute zu komplex seien, kann er nicht ganz nachvollziehen, aber er kann diese Begründung zumindest akzeptieren. Und zwar aus dem Grund, weil die erstaunlichste Möglichkeit, direkt an die ungültig Stimmenden zu gelangen, bestehen würde – effizienter und zielgerichteter geht eigentlich wirklich nicht. Aber diese Möglichkeit soll nicht wahrgenommen werden und dies versteht Marco Arni eher weniger. Zumindes könnte man es ausprobieren. Hier läge seines Erachtens der Unterschied zwischen einer bemühten, bürgernahen und bürgerfreundlichen und einer besonders bemühten, bürgernahen und bürgerfreundlichen Stadt. Eigentlich möchte er Zofingen besonders gerne zur letzteren Kategorie zählen.

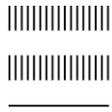
Trotzdem ist Marco Arni mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden. Die Fragen wurden ausführlich beantwortet und die notwendigen Abklärungen seriös getroffen. Dafür möchte er sich auch bei allen, die an dieser Beantwortung mitgearbeitet haben, recht herzlich bedanken. Alles liegt auf dem Tisch, es fehlt eigentlich nur noch der politische Wille. Aber daran kann man ja noch arbeiten, wenn es sein muss.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen; Diskussion wird nicht verlangt.

Art. 33

Umfrage

Die **Vorsitzende** hält einleitend fest, dass es bei diesem Traktandum ein Novum gibt. Heute wird ein Pilotversuch gestartet, welcher vielleicht in einen Regelbetrieb überführt wird, wenn dies gut



funktionieren sollte. Das erste Wort in der Umfrage hat künftig der Stadtammann. Er wird in einem Zeitrahmen von 5 Minuten – wenn es ganz dringend ist, auch ein bisschen mehr – jeweils eine „Tour d’Horizon“ der stadträtlichen Geschäfte machen. Der Hintergrund ist eine verunglückte Vorlage. Zudem war der Einwohnerrat auch schon einige Male nicht zufrieden mit so genannten „friss-oder-stirb-Vorlagen“. Die Materie wird immer komplexer und die Ratspräsidentin dünkt es deshalb sinnvoll, wenn der Einwohnerrat an seinen Sitzungen ausserhalb der Traktandenliste hört, wo der Stadtrat mit seinen wichtigen strategischen Geschäften steht. Das Ratsbüro wird an seiner nächsten Sitzung darüber befinden, ob dies so eingeführt werden soll.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, nützt diese Gelegenheit gerne und informiert an dieser Stelle über den Stand folgender Projekte:

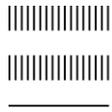
- Revision Bau- und Nutzungsordnung (BNO), „Zofingen 2010“
- Überarbeitung Parkgebührenreglement
- Sanierung und Erweiterung Trinerplatten
- Unterführung Strengelbacherstrasse
- Untere Vorstadt
- Revision Personalreglement
- Gesamtanierung Bildungszentrum BZZ
- Erarbeitung Liegenschaftskonzept
- Ausbau und Sanierung Seniorenzentrum
- Finanz- und Projektcontrolling
- Kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV)

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Hr. **Marcel Thüler** teilt mit, dass das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) momentan eine Aktion durchführt, bei welcher es darum geht, dass Gemeinden fair einkaufen. Insbesondere sollten keine Artikel eingekauft werden, welche unter Beizug von Sklaverei oder Kinderarbeit hergestellt wurden. Schaut man auf der Homepage des SAH nach, stellt man fest, dass sich die Stadt Zofingen noch nicht zu diesen Richtlinien bekennt hat. Es ginge darum, dass beispielsweise Kleider für die Mitarbeitenden des Seniorenzentrums, Spielbälle für die Schule oder Pflastersteine, welche verbaut werden, fair eingekauft würden. So dass Menschen auf der anderen Seite der Erdkugel nicht unfair behandelt werden. Ab welchem Zeitpunkt wird die Stadt Zofingen ihre Beschaffungen unter fairen Bedingungen durchführen?

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, hält fest, dass es verschiedene Gruppierungen gibt, welche unterschiedliche Bedingungen für den Einkauf von Waren festlegen. Als öffentliche Hand muss die Stadt Zofingen dies konkret prüfen und sich Gedanken machen, ob sie sich solchen Bedingungen unterwerfen will. Der Stadtrat hat entschieden, die Beschaffungsrichtlinien der Stadt dem Zertifikat „Urwaldfreundliche Gemeinde“ anzupassen. Es wurde ein Reglement erarbeitet, in welchem es primär darum geht, dass die Waren mit erneuerbaren Energien hergestellt werden.



Der Vorschlag von Einwohnerrat Marcel Thüler ist sicher nicht schlecht, der Stadtammann macht die Anwesenden jedoch darauf aufmerksam, dass sich die Stadtverwaltung immer zwischen zwei Fronten befindet. Heute wurde auch wieder über Kosten diskutiert. Alle setzen Bedingungen, den Wettbewerb muss man ebenfalls spielen lassen und günstig sollte es auch noch sein. Unter diesen Umständen stellt sich die Frage, ob die Beschaffungen den Kriterien irgendeiner Organisation entsprechen, meist weniger. Der Stadtammann bittet um Verständnis und versichert, dass sich die Stadt Zofingen bemühen wird, einen Weg zwischen Wirtschaftlichkeit und Gerechtigkeit, einerseits was die Mitmenschen und andererseits den Energieverbrauch anbelangt, zu finden.

Sein zweites Anliegen betrifft Hrn. **Marcel Thüler** höchstpersönlich: Am letzten Freitag hat er geheiratet. Dies an einem ein wenig aussergewöhnlichen Ort, weshalb er auf die Idee kam, bei der Polizei nachzufragen, ob alles in Ordnung ist. Worauf ihm mitgeteilt wurde, dass das Fest kein Problem sei. Ebenfalls fragte er nach, ob es problematisch sei, wenn der Getränkewagen eines bekannten Zofinger Getränkehändlers in der Fegergasse abgestellt wird. Ihm wurde gesagt, er müsse auf das Stadtbüro gehen, da dies ziemlich sicher eine Bewilligung brauche. Marcel Thüler begab sich demzufolge auf das Stadtbüro und fragte nach, ob dem wirklich so sei. Das Stadtbüro stimmte dem zu und erklärte ihm, er müsse für das Abstellen des Wagens bzw. Benützen von öffentlichem Grund und Boden ein Bewilligungsformular ausfüllen, was er dann – wenn auch leicht widerwillig – tat. Er erkundigte sich deswegen ebenfalls noch beim Getränkehändler und dieser teilte ihm mit, er hätte für das Abstellen eines Getränkewagens in der Grösse eines Smart noch nie eine solche Bewilligung eingeholt.

Nun ist es so, dass in der Fegergasse ein Pizzakurier zu Hause ist, welcher immer wieder das Fahrverbot missachtet und seine Fahrzeuge dort abstellt. Hat dieser Pizzakurier einerseits effektiv die Erlaubnis, das Fahrverbot zu befahren und ist er andererseits im Besitze einer Bewilligung, um seine Fahrzeuge dort abstellen zu können? Sollte dies nicht der Fall sein, ist der Stadtrat dann der Meinung, dass die Gleichheit im Sinne der Verfassung wirklich gelebt wird?

Die **Vorsitzende** erlaubt sich an dieser Stelle, Marcel Thüler nachträglich zur Vermählung zu gratulieren. Sie war sich nicht ganz sicher, ob er sich dies so wünschte, da keine Heiratsanzeige zugeestellt wurde, welche eigentlich der Auslöser für eine offizielle Gratulation ist.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, erklärt, der Stadtrat begrüsse es eigentlich nicht, dass der Pizzakurier dort mit seinen Fahrzeugen hin und her fährt. An diesem Ort parkieren zum Teil auch Taxis, welche dann etwas trinken gehen. Andererseits sollte aber das Abstellen eines Getränkeanhängers problemlos sein? Genau hier stellt sich die Frage, wo die Grenze angesetzt werden soll. Was soll man erlauben und was soll man einfach geschehen lassen? Im von Einwohnerrat Marcel Thüler geschilderten Fall nahm es die Verwaltung vielleicht ein wenig zu genau. Beim Abstellen eines grösseren WC-Anhängers hätte die Lage bestimmt anders ausgesehen. Der Stadtammann möchte jedoch ein Plädoyer für jene Leute, welche im ausschlaggebenden Moment entscheiden müssen, ob etwas einer Bewilligung unterzogen werden soll oder nicht, aussprechen. Wahrscheinlich ist die Regionalpolizei der Meinung, es müsse wieder mehr Ordnung und Disziplin herrschen in der Stadt. Dem Stadtammann passiert es nämlich praktisch jeden Morgen, wenn er zur Haustüre austritt, dass jemand mit einem Affenzahn durch das Fahrverbot in der Fegergasse fährt. Es ist ganz schwierig eine Grenze zu ziehen.

Dem Pizzakurier wurde eine Baubewilligung erteilt. Beim Fahrverbot-Signal ist der Vermerk „Zubringerdienst gestattet“ angebracht. Eine Kontrolle in diesem Bereich erweist sich als äusserst schwierig. Der Zubringerdienst ist in der ganzen Fegergasse sowie der ganzen Pfistergasse gestattet. Die

einzig richtige Methode wäre ein allgemeines Fahrverbot aufzustellen, was aber wiederum zur Folge hätte, dass eine grössere Anzahl Personen nicht mehr zufahren könnte.

Fr. **Christiane Guyer**, Stadträtin, hat dem nicht viel beizufügen. Fakt ist einfach, dass es in der Fegergasse möglich ist, bis zu 30 Minuten zu parkieren. Im Rahmen der Überarbeitung des Parkgebührenreglements diskutiert der Stadtrat, wie dies in Zukunft aussehen soll. Man wird aber, und deshalb ist auch der Artikel im heutigen Zofinger Tagblatt erschienen, die Kontrollen verstärken. Man will in Zofingen ja kein Nirwana. Seit Stadträtin Christiane Guyer im Stadtrat ist, wird praktisch an jeder Sitzung kurz über die Altstadt und deren Verkehrssituation gesprochen. Die Bestimmungen sind eigentlich klar, es stellt sich einfach die Frage, wie man diese durchsetzen soll.

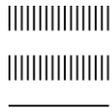
Hr. **Michael Wacker** war am 25. August 2010 in Luzern an der Weltpremiere des Zofinger Komponisten Dieter Ammann. Danach kam er hungrig und durstig wieder nach Hause und begab sich deshalb ins Hotel Zofingen. Zu fortgeschrittener Stunde lief er unter dem „Bögli“ hindurch und sah auf dem Kirchplatz die Bühne des Moonlight Classics Openair stehen. Unter der Linde war das Geländer entfernt worden, damit die Bühne aufgestellt werden konnte und in der Baumkrone steckte eine Ecke des Bühnendachs. Am 30. August 2010 lief er wiederum durch die Altstadt. Das Geländer war inzwischen wieder angeschweisst worden, aber bei der Linde fehlte ein grosser, unwiederbringlicher Teil der Krone. Michael Wacker traf fast der Schlag. Er ist ein Fan von Bäumen und hat zu diesem Vorfall zwei oder drei Fragen an den Stadtrat:

Was bewilligte der Stadtrat in diesem Zusammenhang? Wurde bewilligt, dass das Geländer entfernt werden und das Bühnendach im Baum zu stehen kommen darf? Wurde ebenfalls bewilligt, dass dieser Baum unwiederbringlich zerstört werden darf? Was gedenkt der Stadtrat in diesem Zusammenhang zu unternehmen, falls dies nicht bewilligt war?

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, antwortet, dass die Entfernung des Geländers mit dem Organisator des Anlasses vorbesprochen wurde. Dieses Geländer entspricht nicht mehr den Sicherheitsvorschriften und müsste eigentlich ersetzt werden. Der Ersatz war jedoch noch nicht geplant und wurde dementsprechend nicht im Voranschlag eingestellt. Das Geländer wird in den nächsten Jahren aber ersetzt, weshalb dieses mit einem vernünftigen Aufwand weggesägt und wieder angeschweisst wurde. Dies wird im Übrigen auch mit der Lampe an dieser Stelle getan.

Was hingegen überhaupt nicht geht, ist, dass einfach Äste abgesägt werden. Deswegen hat man auch schon beim Organisator reklamiert. Dies war weder geplant noch in irgendeiner Art und Weise bewilligt worden. Alle, die bereits einmal auf einer Baustelle waren, wissen, wie dies dort manchmal zu und her geht. Das Absägen der Äste wurde nicht im Auftrag des Organizers vorgenommen. Wahrscheinlich haben die Arbeiter, welche für das Gerüst zuständig waren, diese eigenmächtig abgeschnitten. Dies ist äusserst bedauerlich und die Stadt Zofingen wird Schadenersatz fordern. Der Stadtrat ist aber der Meinung, dass bei dieser Angelegenheit die Verhältnismässigkeit gewahrt und keine strafrechtlichen Massnahmen ergriffen werden sollten.

Ende August fühlte sich Hr. **Elmar Bertschinger** an seinem Arbeitsort beinahe wie in einem Bienenschwarm. Auf der einen Seite, also auf dem Kiesplatz beim Gemeindeschulhaus, welcher eigentlich zur Hälfte ein Pausenplatz wäre, wurde für das Kinderkonzert aufgebaut und auf der anderen Seite fuhr ihm das Militär um die Ohren. Nun stellt er sich die Frage, ob es in Zofingen eine Obergrenze gibt, was die Betriebsamkeit anbelangt. Ist man der Meinung, dass in Zofingen nicht unbedingt an jedem Wochenende etwas laufen muss oder würde, wenn ein grösseres Konzert wegfällt,



ein anderes ins Programm aufgenommen? Die Frage nach der Obergrenze stellt sich, wie Elmar Bertschinger in Gesprächen erfuhr, scheinbar auch beim Personal.

Gemäss Hrn. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadttammann, ist man sich bewusst, dass man im Moment an der oberen Grenze liegt mit den Events. Jene, welche während den Sommerferien und überhaupt während des Sommers vermehrt in der Altstadt waren, stellten mit mehr oder weniger Freude fest, dass es gelungen ist, wieder mehr Kontakte in die Altstadt zu bringen. Dies wird auch durch die Altstadtgeschäfte bestätigt. Der Stadttammann ist überzeugt, dies hängt damit zusammen, dass vermehrt auch Leute aus der ganzen Deutschschweiz mit Hilfe von Events hierhin geholt werden. Natürlich hat dies immer einen positiven und einen negativen Effekt. Für die Altstadtbewohner kann es eine Belastung sein. Letztlich will man aber eine belebte Altstadt, denn kaum hat es keine Leute mehr, heisst es sofort, diese sei wie ausgestorben. Dies ist eine diffizile Gratwanderung.

Weiter möchte Hr. **Elmar Bertschinger** gerne wissen, ob es stimmt, dass die Veranstalter des Kinderkonzerts nichts für die Platzbelegung bezahlen mussten. Seiner Meinung nach handelt es sich hierbei um einen kommerziellen Anlass.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadttammann, hält fest, dass es sich beim Kinderkonzert konkret um einen kommerziellen Anlass handelt. Man hat Mühe dieses zu platzieren, weshalb es örtlich auch verschoben wurde. Zuerst wird man analysieren müssen, ob dieses nächstes Jahr wirklich nochmals stattfinden kann. Im Moment sieht es eher nicht danach aus.

Verabschiedung Roman Federer (SVP)

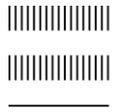
Roman Federer ist erst seit dem 1. Januar 2009 Mitglied des Einwohnerrates, obwohl es der **Vorsitzenden** länger vorkommt. Ersatzmitglied der Steuerkommission ist er seit dem 1. Januar 2006 und Abgeordneter des Gemeindeverbandes ERZO „ARA“ und „KVA“ seit dem 1. Januar 2010. Dies trockene Daten, welche sie erhalten hat.

Die Ratspräsidentin hat ihn während den 2 Jahren, als er im Einwohnerrat war, als sehr engagiertes Einwohnerratsmitglied mit fundierten Voten erlebt. Persönlich durfte sie mit ihm beim Jugendmitwirkungsprojekt zusammenarbeiten. Sie war äusserst beeindruckt, wie er den Jugendlichen in ihrer Sprache beibrachte, was Eigenverantwortung ist und sie, zusammen mit den anderen Teammitgliedern, beim Badiprojekt anleitete. Sie bedauert es sehr, dass Roman Federer den Einwohnerrat verlässt und wünscht ihm in Rothrist mit seiner Familie alles Gute. Auch in Rothrist kann man gute und engagierte Politiker brauchen.

Als Erinnerung und Dank erhält er als Abschiedsgeschenk drei Flaschen Rothüsler, zwei Zofinger Gläser sowie einen Glasteller. Sie bittet Roman Federer – unter grossem Applaus als Dank für seine Arbeit – nach vorne zur Überreichung des verdienten Geschenks.

Nachfolgerin von Roman Federer ist, wie bereits erwähnt, Eveline Anderegg, welche an der nächsten Einwohnerratssitzung in Pflicht genommen wird.

Die **Vorsitzende** weist noch darauf hin, dass die nächste Einwohnerratssitzung am 25. Oktober 2010 stattfindet. Die Traktandenliste wurde bereits zugestellt. Zusätzlich wird das Informatikgeschäft nochmals traktandiert. Auch die übernächste Einwohnerratssitzung vom 29. November 2010 wird voraussichtlich stattfinden. Weil es sich um ein so genanntes Zwischenjahr handelt, hat sich



Yolanda Senn Ammann (FarbT) bereit erklärt, das Schlussessen zu organisieren. Die Ratspräsidentin dankt ihr herzlich dafür und hofft, dass sich alle diesen Abend reservieren, um miteinander das Jahr ausklingen zu lassen.

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für getreues Protokoll:

Patricia Kettner
Ratspräsidentin

Arthur Senn
Protokollführer